

Antrag auf Gewährung von Zuwendungen zur Inanspruchnahme von Beratungsdiensten für landwirtschaftliche Betriebe		EB
Rd.Erl. des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW –II- 6 – 2572.03 vom 27.06.2007, geändert durch Rd.Erl. des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – II-6-2572.03 - vom 23.04.2012 und II-B3-2572.03 – vom 25.09.2013		Eingangsstempel
An den Direktor der Landwirtschaftskammer NRW als Landesbeauftragter Siebengebirgsstr. 200 53229 Bonn		Maßnahme-Nr.: 142 Antragseingang erfasst am _____ durch _____
1. Antragsteller/-in Name, Vorname: _____		Lfd.Nr Antrag: _____ Hinweis: Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn die Angaben vollständig sind und der Antrag rechtzeitig eingereicht wird. Die Bearbeitung des Antrages erfolgt mit Hilfe der EDV.
Straße, Hausnummer: _____		Unternehmensnummer: _____
PLZ, Wohnort: _____		
Telefon: _____	Telefax: _____	e-Mail: _____
Es gilt die im InVeKoS für mein Geschäftskonto angegebene Bankverbindung.		
Ich bin / Wir sind Zuwendungsempfänger gemäß Richtliniennummer (RL-Nr.)		von der Bewilligungs- behörde festgestellt als korrekt/ vorhanden
<input type="checkbox"/> 3.1 Inhaber/in eines landw. Unternehmens mit Betriebssitz in NRW bzw. Ehegattin/e im Sinne des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG)		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Bescheinigung der Alterskasse ist beigelegt		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> 3.2 wie vor, jedoch mit gewerblichen Nebenbetrieben		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Bescheinigung der Alterskasse ist beigelegt		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Nachweis über die Geschäftstätigkeit ist beigelegt (mehr als 25% landwirtschaftliche Umsatzerlöse)		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> 3.3 Arbeitnehmer/in, welche/r ein Unternehmen der Landwirtschaft mit Betriebssitz in NRW leitet		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Arbeitsvertrag ist beigelegt		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Bescheinigung der Alterskasse zum landw. Unternehmen ist beigelegt		<input type="checkbox"/>
2. Maßnahme: Einzelbetriebliche Beratungsleistung		
Es wird eine Zuwendung beantragt zur Inanspruchnahme eines Beratungsdienstes.		von der Bewilligungs- behörde festgestellt als korrekt/ vorhanden
Name der Beratungsorganisation: _____		<input type="checkbox"/>
Beratungsvertrag abgeschlossen am: _____		<input type="checkbox"/>
Beratungsdurchführung von: _____ bis: _____		<input type="checkbox"/>
Umfang der Beratung: _____ Stunden		<input type="checkbox"/>
Höhe der landw. Einkünfte lt. letztem Steuerbescheid in €: _____		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Beratungsvertrag ist beigelegt		<input type="checkbox"/>

3. Gesamtkosten	Bruttokosten in €	förderfähige Kos- ten in €	von der Bewilligungs- behörde festgestellt als förderfähig
Vergütungen / Gebühren für Beratung:			
Ausgaben für einzelbetriebliche Auswertungen:			
Sonstige Ausg. in Verbindung mit der Beratung:			
Gesamtkosten:			
beantragter Fördersatz <input type="checkbox"/> 60 %/ <input type="checkbox"/> 80 % von der Bewilligungsbehörde festgestellter Fördersatz: %			
4. Finanzierungsplan	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Ende des Durchfüh- rungszeitraums) 20..... in €	von der Bewilligungsbehörde festgestellt gesamt in €	
Gesamtkosten brutto			
davon grundsätzlich förderfähig			
abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)			
Zuwendungsfähige Gesamtausgaben			
Beantragte Zuwendung			
Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung durch _____			
Eigenanteil			
5. Begründung			
Zuwendungszweck (Notwendigkeit der Maßnahme) Bitte ankreuzen (Mehrfachnennung ist möglich) <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Verbesserung der Betriebsführung <input type="checkbox"/> Verbesserung der Wirtschaftlichkeit <input type="checkbox"/> Verbesserung der Existenzfähigkeit <input type="checkbox"/> Verbesserung der Umweltverträglichkeit landwirtschaftlicher Betriebe <input type="checkbox"/> Erhaltung der Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand <input type="checkbox"/> Verbesserung der Fähigkeiten von Betriebsleiter/Innen zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit d. Betriebe <input type="checkbox"/> Sicherung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft <input type="checkbox"/> Verbesserung der Sicherheit am Arbeitsplatz Sonstiges: ----- -----			

6. Projektziel / Hauptziel / Schwerpunkt (bitte nur ein Ziel ankreuzen)	
<input type="checkbox"/> Grundanforderungen Betriebsführung	<input type="checkbox"/> Verbraucherschutz, Tier- / Pflanzengesundheit
<input type="checkbox"/> Arbeitsplatzsicherheit	<input type="checkbox"/> Unternehmensführung
<input type="checkbox"/> Umweltschutz	<input type="checkbox"/> Ökolandbau
<input type="checkbox"/> Tierschutz	<input type="checkbox"/> andere <input type="checkbox"/> Energieberatung
Mein Betrieb liegt im benachteiligten Gebiet <input type="checkbox"/> Betriebsart: Landwirtschaft <input type="checkbox"/> Gartenbau <input type="checkbox"/>	
Betriebsgröße (in ha) _____	
Ich bin/ Wir sind zum Vorsteuerabzug berechtigt <input type="checkbox"/> / nicht berechtigt <input type="checkbox"/>	
Mein Unternehmen gehört einer Erzeugerorganisation (EO) an <input type="checkbox"/> wenn ja, Name der Organisation: _____ Bestätigung Ref. 23 der LWK, dass Förderung über Operat. Programm der EO nicht erfolgt, liegt bei <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Für den Betrieb haben ich oder mein Rechtsvorgänger bereits eine Förderung nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Inanspruchnahme von Beratungsdiensten landwirtschaftlicher Betriebe erhalten. Datum der Bewilligung _____ Unternehmer.-Nr. des Rechtsvorgängers _____	
7. Verpflichtungen, Erklärungen, Versicherung und Einverständnis	
7.1 Verpflichtungen	
Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns	
7.1.1	jede Abweichung vom Antrag sowie alle Tatsachen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind, unverzüglich schriftlich mitzuteilen,
7.1.2	alle Änderungen hinsichtlich meiner in InVeKoS gespeicherten Adressdaten, einschließlich der Bankverbindung, unverzüglich der für mich zuständigen Kreisstelle beim Direktor der Landwirtschaftskammer NRW als Landesbeauftragter anzuzeigen,
7.1.3	die noch näher festzulegenden Daten zur Evaluierung und Bewertung des NRW-Programms „Ländlicher Raum“, auf besondere Anforderung der Bewilligungsstelle, mitzuteilen.
7.2 Erklärungen	
Ich erkläre / Wir erklären, dass	
7.2.1	die in diesem Antrag (einschließlich der Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
7.2.2	mit der Durchführung der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; der abgeschlossene Beratungsvertrag gilt nicht als Maßnahmebeginn,
7.2.3	die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Inanspruchnahme von Beratungsdiensten landwirtschaftlicher Betriebe in gültiger Fassung bekannt sind,
7.2.4	bekannt ist, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich sind im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, 1. WiKG) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionengesetz) in der jeweils gültigen Fassung,
7.2.5	die beigefügten und ggs. nachgereichten Anlagen Bestandteil des Antrags sind,
7.2.6	bekannt ist, dass sich die EU mit Mitteln aus dem ELER, zu 25 v. H. an der Förderung dieser Maßnahme beteiligt,
7.2.7	ich die „Informationen zur Veröffentlichung von Förderdaten“ (Seite 5 des Antragsformulars) erhalten habe und mir deren Inhalt bekannt ist.

7.3 Versicherung					
Ich versichere / Wir versichern, dass					
7.3.1	gegen mich/uns in den letzten fünf Jahren weder eine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt, noch dass ich / wir rechtskräftig nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurde/wurden.				
7.4 Einverständnis					
Ich bin / Wir sind damit einverstanden, dass					
7.4.1	die zuständige Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel entscheidet, und ich dadurch keinen Rechtsanspruch auf die Gewährung der Zuwendung habe,				
7.4.2	von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können,				
7.4.3	die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und die Angaben in und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert werden können und dass ich / wir oder meine / mein / unsere Vertreterin/Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal das Betretungsrecht und das Recht auf die angemessene Verweildauer auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen Unterlagen einräumen und die notwendigen Auskünfte erteilen muss,				
7.4.4	die Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statischen Zwecken gespeichert werden können und eine Belehrung über die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses sowie über dessen Widerrufbarkeit erfolgt ist,				
7.4.5	alle Zuschusszahlungen ausschließlich auf die von mir / uns angezeigte und im InVeKoS gespeicherte Bankverbindung (Geschäftskonto) erfolgen,				
7.4.6	ein Erstattungsanspruch mit dem in § 49a VwVfG in jeweils gültiger Fassung angegebenen v. H.-Wert über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich zu verzinsen ist,				
7.4.7	die Buchführungsdaten des Betriebes anonymisiert für eine Auswertung verwendet werden können,				
_____		_____			
(Ort, Datum)		(rechtsverbindliche Unterschrift)			
Nur von der Bewilligungsbehörde auszufüllen:					
Bewilligungsvermerk					
Begründung der Maßnahme wird anerkannt		<input type="checkbox"/>			
Unterschrift des/der Antragsteller wird anerkannt		<input type="checkbox"/>			
Betriebsprämie aus dem Vorjahr		€			
Vorlage VN bis	zuverlässig <input type="checkbox"/>	Durchführungszeitraum	Bewilligungszeitraum		
Ausgabeermächtigung		Kassenmittel	20....	€	
		Verpflichtungsermächtigung zu Lasten	20....	€	
Auflagen / Nebenbestimmungen					
Begründung für Ablehnung					
Die Sichtprüfung ist erfolgt. Der Antrag wird zur Erfassung freigegeben		vollständig <input type="checkbox"/>	plausibel <input type="checkbox"/>	gültig <input type="checkbox"/>	Antrag erfasst
Datum, Unterschrift der Prüferin / des Prüfers		Datum, Unterschrift der Erfasserin / des Erfassers			
Bei ursprünglicher Ungültigkeit des Antrages gültig am: _____ erfasst am: _____ durch: _____					
Begründung für nicht zeitnahe Antragseingangserfassung (Erfassung mehr als 3 Tage nach Eingang):					

Der Direktor der Landwirtschaftskammer NRW als Landesbeauftragter; Geschäftsbereich 3; Januar 2014
Verbindlicher Anhang zu allen Anträgen auf Erhalt von Beihilfen, die aus dem EGFL finanziert oder dem ELER mitfinanziert werden

Informationen zur Veröffentlichung von Förderdaten

Information der Begünstigten von Mitteln aus den Europäischen Agrarfonds (EGFL/ELER) über die Veröffentlichung von Informationen gemäß Artikel 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik (Horizontale Verordnung)

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind gemäß Artikel 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549) sowie der hierzu erlassenen Durchführungsbestimmungen verpflichtet, die Begünstigten von Mitteln aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) nachträglich im Internet zu veröffentlichen. Zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Union können die Daten der Begünstigten von Rechnungsprüfungs- und Untersuchungseinrichtungen der Europäischen Union, des Bundes, der Länder, der Kreise und der Gemeinden verarbeitet werden.

Mit der Veröffentlichung der Informationen über die Begünstigten von Mitteln aus den Europäischen Agrarfonds verfolgt die Europäische Union das Ziel, die Kontrolle der Verwendung der EU-Gemeinschaftsmittel zu verstärken sowie die Transparenz der Verwendung von Gemeinschaftsmitteln und die Öffentlichkeitswirkung und Akzeptanz der Europäischen Agrarpolitik zu verbessern.

Die Veröffentlichungspflicht besteht für alle ab dem EU-Haushaltsjahr 2014 (16.10.2013-15.10.2014) an die Begünstigten getätigten Zahlungen aus den o.g. EU-Agrarfonds.

Die Veröffentlichung enthält folgende Informationen:

- a) den Namen der Begünstigten, und zwar
- bei natürlichen Personen Vorname und Nachname;
 - den vollständigen eingetragenen Namen mit Rechtsform, sofern der Begünstigte eine juristische Person ist, die nach der Gesetzgebung des betreffenden Mitgliedstaats eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt;
 - den vollständigen eingetragenen oder anderweitig amtlich anerkannten Namen der Vereinigung, sofern der Begünstigte eine Vereinigung ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist;
- b) die Gemeinde, in der der Begünstigte wohnt oder eingetragen ist, sowie gegebenenfalls die Postleitzahl bzw. der Teil der Postleitzahl, der für die betreffende Gemeinde steht;
- c) für jede aus dem EGFL und aus dem ELER finanzierte Maßnahme die Beträge der Zahlungen, die der Begünstigte in dem betreffenden Haushaltsjahr erhalten hat;
- d) Art und Beschreibung der aus dem EGFL bzw. dem ELER finanzierten Maßnahmen unter Angabe des Fonds, aus dem die Zahlungen gemäß Buchstabe c) gewährt werden. Die zu veröffentlichenden Beträge der Zahlungen für die aus dem ELER finanzierten Maßnahmen entspre-

chen dem Gesamtbetrag der öffentlichen Zahlungen, einschließlich des Beitrags der Europäischen Union und des nationalen Beitrags.

Ausgenommen von der Veröffentlichung des Namens sind gemäß Artikel 112 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 Begünstigte, deren Gesamtbeihilfebetrag aus beiden Fonds unterhalb des von den Mitgliedstaaten festgelegten Schwellenwertes (1.250,- €) liegt. In diesem Fall erfolgt eine codierte Veröffentlichung des Begünstigten. Sollte die Identifizierung des betreffenden Begünstigten auf Grundlage der Angabe von Postleitzahl und Gemeinde infolge einer begrenzten Anzahl von in der Gemeinde wohnhaften oder registrierten Begünstigten dennoch möglich sein, werden die Informationen unter Angabe der nächstgrößeren kommunalen Verwaltungseinheit, zu der diese Gemeinde gehört, veröffentlicht.

Die Veröffentlichung erfolgt auf Grundlage der Verpflichtung der Mitgliedstaaten nach

- der Verordnung (EU) Nr.1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und der hierzu erlassenen Durchführungsbestimmungen

- sowie der (noch zu erlassenden) Novelle des Agrar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetzes (AFIG) und der Novelle der Agrar- und Fischerei-Informationen-Verordnung (AFIVO).

Die Informationen werden auf einer besonderen – vom Bund und den Ländern gemeinsam betriebenen – Internetseite der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) unter der Internetadresse www.agrar-fischereizahlungen.de von den für die Zahlungen zuständigen Stellen des Bundes und der Länder veröffentlicht. Sie bleiben vom Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung an zwei Jahre lang zugänglich.

Die Vorschriften der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Abl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31) in der jeweils gültigen Fassung sowie die nationalen Datenschutzbestimmungen des Bundes und der Länder bleiben unberührt. Auf die in diesen Rechtsvorschriften geregelten Datenschutzrechte und die Verfahren zur Ausübung dieser Rechte wird verwiesen.

Die Europäische Kommission hat unter ihrer zentralen Internetseite eine Website eingerichtet, die auf die Veröffentlichungs-Internetseiten aller Mitgliedstaaten hinweist.
→ http://ec.europa.eu/grants/search/beneficiaries_de.htm

Beispiele:

EGFL-Mittel: z.B. Betriebsprämie
ELER-Mittel: z.B. Markt- und Standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL), Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete